

# Mit Mut und Entschlossenheit gegen Rechtsextreme und die AfD



## **Vorstandsbeschluss 16. Mai 2024**

Millionen von Menschen zeigen es immer wieder: „Wir sind mehr!“ Von Heinsberg bis Görlitz, von Rostock bis Rosenheim. In zahlreichen Städten und Gemeinden haben seit Jahresbeginn mutige Menschen gezeigt, dass sie den Rechtsextremen entgegentreten und unsere liberale, offene und vielfältige Gesellschaft entschlossen verteidigen.

Auslöser war ein Vernetzungstreffen von AfD-Funktionär\*innen und Rechtsextremen in Potsdam. Die dort unter dem Schlagwort „Remigration“ erörterten Pläne zur Massendeportation, insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte, haben zu Recht für einen öffentlichen Aufschrei gesorgt. Die Pläne zeigen, wie koordiniert und selbstverständlich Rechtsextreme den Angriff auf unsere Gesellschaft vorbereiten. Sie vernetzen sich, bilden strukturelle Kooperationen und arbeiten über Ländergrenzen hinweg. Dabei deutet alles darauf hin, dass sie die Hilfe autoritärer Staaten dankbar annehmen und von ihnen logistische sowie finanzielle Unterstützung erhalten. Im Gegenzug stellen sie sich bereitwillig in den Dienst dieser Staaten und verbreiten gezielte Propaganda, um unsere freiheitlichen Werte anzugreifen.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen. Wir verteidigen unsere demokratischen Werte und unsere Heimat gemeinsam. Wir lassen es nicht zu, dass unsere Demokratie von innen ausgehöhlt oder von außen angegriffen wird. Und wir verkaufen unser Land nicht an Autokraten.

Wir setzen uns dafür ein, die Menschenwürde, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und unsere gesellschaftliche Vielfalt konsequent zu schützen, zu fördern und zu erhalten. Die Werkzeuge hierfür

haben wir in der Hand. Manche müssen wir schärfen, aber vor allem müssen wir sie anwenden.

Unsere wehrhafte Demokratie kennt eine Vielzahl an Instrumenten, um sich gegen die Feind\*innen der Verfassung zu schützen. Hierzu zählen Verbote von verfassungsfeindlichen Parteien ebenso wie die Streichung ihrer staatlichen Finanzierung hin zur Grundrechtsverwirkung für Verfassungsfeinde und die Verhängung von Vereinsverböten. Unser Rechtsstaat sieht für die Anwendung vieler dieser Instrumente zu Recht sehr hohe Hürden vor. Dass unsere Behörden diese Instrumente in sorgsamer Abwägung anwenden und unser Rechtsstaat handlungsfähig ist, zeigt das aktuelle Urteil des Obergerichtes Münster, das die Beobachtung der AfD und Jungen Alternativen als rechtmäßig ansieht, weil sie eindeutige rechtsextreme Verdachtsfälle sind. Um die Gefahren, die von der AfD ausgehen, und die Konsequenzen, die ihre Hetze für viele Menschen hat, einzudämmen, gibt es nicht den einen zentralen Hebel, sondern es braucht Maßnahmen auf vielen verschiedenen Ebenen, rechtlich wie gesellschaftlich.

Was daher jetzt zu tun ist:

## **1. Prävention, Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken**

Eine wehrhafte Demokratie zeichnet sich durch wehrhafte Demokrat\*innen aus. Mitarbeiter\*innen in Gedenkstätten leisten wichtige Erinnerungs- und Bildungsarbeit für Schüler\*innen. Beratungsstellen in unseren Kommunen sind wichtige Anlaufstellen für Menschen, die rechtsextremen Anfeindungen ausgesetzt sind. Aussteigerprogramme sind ein bedeutender Baustein, um Menschen aus rechtsextremen Kontexten wieder für ein demokratisches Miteinander zu gewinnen. Wir wollen die politische Bildung und speziell Programme gegen Antisemitismus,

Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und jede Art von Menschenfeindlichkeit langfristig stärken. Mit dem Demokratiefördergesetz wollen wir eine verlässliche Grundlage dafür schaffen. Angesichts sehr akuter Bedrohungslagen müssen wir hier endlich vorankommen und bestehende Blockaden überwinden.

## **2. Ehrenamt stärken und Engagement vor Ort schützen**

Millionen Menschen engagieren sich vor Ort für unser Zusammenleben. Egal ob in der Kirche, im Sportverein, bei der Feuerwehr oder der Hilfe für Geflüchtete – Deutschland lebt vom freiwilligen Engagement in Vereinen und Verbänden. Viele Tausend Menschen bringen sich ehrenamtlich in unseren Städten, Kreisen und Gemeinden politisch ein. Nur ein Bruchteil der Politiker\*innen übt ihr Mandat hauptamtlich aus. Dennoch werden Menschen immer wieder wegen ihres Engagements angegriffen. Personen, die sich für die Demokratie engagieren und daher besonders im Fokus von Angriffen stehen, müssen wirksam geschützt werden. Die Innenminister\*innen von Bund und Ländern müssen dafür Sorge tragen, dass Menschen bei Bedrohung Schutz bekommen und öffentliche Veranstaltungen gut gesichert werden. Neben den wichtigen zivilgesellschaftlichen Strukturen, braucht es auch staatliche Anlaufstellen, die Betroffenen Hilfe bieten bzw. die rechtsstaatliche Verfolgung von Angriffen und Bedrohungen konsequent voranbringen. Mit einer erneuten Reform des Bundesmeldegesetzes werden wir den Schutz von Betroffenen verbessern und dafür sorgen, dass private Wohnadressen besser geschützt werden können. Außerdem schlagen wir, dort wo noch nicht geschehen, eine Anpassungen der Wahlordnungen vor, damit die private Adresse von Kandidat\*innen nicht mehr veröffentlicht werden muss.

## **3. Raumnahme durch Rechtsextreme unterbinden**

Rechtsextreme versuchen gezielt, gesellschaftliche Räume einzunehmen, insbesondere an Orten, an denen der Staat kaum noch präsent ist. Das tun sie, um einen Nährboden für ihre antidemokratische Weltanschauung zu schaffen und freiheitlichem Denken

den Platz zu nehmen. Veranstaltungsräume und Gaststätten werden für die Durchführung von Szeneveranstaltungen dauerhaft gepachtet oder gekauft. Völkische „Siedler\*innen“ kaufen günstiges Land in entlegenen Regionen. Private Schulen und Kindertagesstätten werden unterwandert oder Versuche einer Gründung unternommen. Rechtsextreme schaffen eigene Freizeitangebote oder Sportunterricht für Kinder und Jugendliche. Diese langfristige und perfide Strategie wird genutzt, um die eigene, menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, finanzielle Mittel für die Szene zu erwirtschaften und hegemoniale Strukturen zu schaffen. Sie ist hochgefährlich und wird gerade auf kommunaler Ebene häufig zu spät erkannt. Unsere Behörden, allen voran auch die Polizei und Verfassungsschutzämter, müssen diese Strategien aufdecken, sie frühzeitig bekämpfen und länderübergreifend noch besser zusammenarbeiten, um diese Pläne wo immer möglich zu durchkreuzen. Damit Städte und Kommunen effektiv gegen solche Bedrohungen vorgehen können, müssen die Länder entsprechende Stabsstellen einrichten, die frühzeitig warnen und dabei unterstützen, gegen Unterwanderungsversuche vorzugehen. Außerdem arbeiten wir an gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Städten und im ländlichen Raum, damit der Staat selbst die entsprechenden Angebote bereitstellen kann. Dafür wollen wir unter anderem die Strukturförderung der EU für ländliche Regionen stärken.

## **4. Rechtsextreme Organisationsstrukturen zerschlagen**

Die rechtsextreme Szene setzt seit geraumer Zeit auf eine ausdifferenzierte Organisationsstruktur und hat mittlerweile eine besorgniserregende Professionalisierung erreicht. Diese Strukturen könnten dabei auch von den öffentlichen Geldern profitieren, die der AfD zur Verfügung stehen. Gruppen der sogenannten „Neuen Rechten“ im Umfeld der AfD nehmen unterschiedliche Funktionen ein. Sie versuchen auch, Brücken in das konservative Lager zu schlagen. Neben eigenen Unternehmen setzen die Rechtsextremen auf Organisationen zur Gewinnung und Schulung von Personal oder entwickeln Themen in eigenen Think-Tanks weiter. Gezielt werden insbesondere junge Leute in den Blick genommen. Von herausragender Bedeutung für die Szene sind

die „Identitäre Bewegung“, der Verein „Ein Prozent“, aber auch rechtsextreme Burschenschaften. Die Sicherheitsbehörden müssen intensiver gegen diese rechtsextremen Organisationen im Umfeld der AfD vorgehen. Vereins- und Betätigungsverbote, inklusive der Beschlagnahmung von Vereinsvermögen, müssen schnell ausgesprochen und konsequent umgesetzt werden, wenn die rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

## **5. Verfassungsgerichte und Staat widerstandsfähig gegen Verfassungsfeinde machen**

Die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass die Unterwanderung und Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Justiz und allen voran der Verfassungsgerichte eines der ersten Ziele von autoritären Parteien ist. Die Aushebelung der Justiz ist Voraussetzung für den Abbau oder die Beschneidung des Rechtsstaats. Gerichte werden mit linientreuen Richter\*innen besetzt oder in ihrer Funktion beschränkt. Damit unsere Verfassungsgerichte vor Angriffen besser geschützt werden, braucht es eine bessere verfassungsrechtliche Absicherung. Wichtig ist hierbei, dass die Wahl der Richter\*innen sowie deren Anzahl und Amtszeit klar geregelt sind. Auch müssen wirksame Mechanismen gefunden werden, um eine mögliche Blockade durch eine Sperrminorität von Rechtsextremen bei der Wahl zu verhindern. Hier sind alle Demokrat\*innen gemeinsam in der Verantwortung. Wir wollen in Bund und Ländern dafür sorgen, dass unsere Verfassungsgerichte abgesichert sind und so ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können. Auch den Schutz anderer Verfassungsorgane werden wir in den Blick nehmen und ausbauen.

## **6. Starke Sicherheitsbehörden und entschlossene Strafverfolgung**

Rechtsextreme Straftaten haben in den letzten Jahren Höchststände erreicht. Schwere Gewalttaten, Sachbeschädigungen oder rechtsextreme Propaganda sind längst trauriger Alltag in Deutschland. Dabei haben die Krisenerfahrungen ebenso wie die gezielten Grenzüberschreitungen der letzten Jahre offenbar wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Gleichzeitig können viele Delikte nicht aufgeklärt

werden. Die rund 1.000 nicht vollstreckten Haftbefehle gegen Rechtsextreme und Reichsbürger\*innen stellen eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Wir wollen, dass die Polizeibehörden und Verfassungsschutzämter mit klarer Schwerpunktsetzung gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt auch, dass rechtsextreme Gewalt- und Terrorakte noch konsequenter aufgearbeitet und rechtsextreme Netzwerke zerschlagen werden. Außerdem müssen Verbindungen von Rechtsextremen zur Organisierten Kriminalität aufgedeckt werden. Die Bekämpfung von rechtsextremen Straftaten und die Verfolgung von verdächtigen Finanzströmen muss ein Arbeitsschwerpunkt unserer Sicherheitsbehörden sein. Dafür müssen sie auch ausreichend Personal und Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen.

## **7. Internationale und europäische Zusammenarbeit stärken**

Der organisierte Rechtsextremismus und wichtige Ideengeber der „Neuen Rechten“ agieren längst europäisch und international vernetzt. Strategien und Kampagnen werden ausgetauscht und gemeinsam entwickelt. Wichtige Akteur\*innen gehen auf Vortragsreisen oder organisieren grenzüberschreitende Netzwerktreffen. Auch Crowdfunding-Kampagnen und Spendenaktionen werden häufig international organisiert. Wir werden dieser Entwicklung in allen Bereichen entgegenzutreten. Dazu zählt, dass die Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden auf europäischer und internationaler Ebene ausgebaut werden muss. Eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit und ein Europol mit eigenen Ermittlungsbefugnissen gehören ebenso dazu wie die Gründung einer Europäischen Nachrichtendienstagentur, um Desinformation und Beeinflussung frühzeitig und koordiniert erkennen und entgegenwirken zu können.

## **8. Einflussnahme und Spionage unterbinden**

Die gezielte Destabilisierung unserer liberalen und offenen Gesellschaft ist das erklärte Ziel von autoritären Staaten. Eine enge ideologische Verbindung zwischen rechtsextremen europäischen Parteien und autoritären Staaten – insbesondere mit dem russischen Kreml – ist längst offensichtlich. Es ist gut und

wichtig, dass auch die Sicherheitsbehörden diesen Verbindungen entschlossen nachgehen. Die mutmaßlichen Spionage- und Korruptionsfälle bei AfD-Spitzenpolitiker\*innen sowie in deren Umfeld sind nur die Spitze des Eisberges. Die Spionageabwehr bei Polizei und Nachrichtendiensten muss gestärkt werden. Dazu zählt auch, dass stärkere Schnittstellen der Bekämpfung politischer Kriminalität sowie der Spionageabwehr gemeinsam betrachtet werden.

## **9. Finanzquellen offenlegen**

Die Finanzierung der rechtsextremen Szene ist äußerst undurchsichtig. Eine Reihe an Organisationen im Vor- und Umfeld der AfD sowie rechtsextremer Medien unterstützen mehr oder weniger offen die rechtsextreme Agitation der AfD. Ein Beispiel sind verdeckte Wahlkampfaktionen, die nicht von der Partei, sondern von anonymen Dritten vorgenommen werden. Auch teure Medien- und Werbekampagnen sorgen immer wieder für Aufsehen. So werden Transparenzvorschriften umgangen. Gleiches gilt für den Ankauf von Immobilien als Orte zur Vernetzung Rechtsextremer. Der Bundestag hat bereits das Parteiengesetz verschärft und so verdeckten Werbemaßnahmen einen Riegel vorgeschoben. Darüber hinaus besteht weiterer Handlungsbedarf, denn es bleibt immer noch schwierig, die Finanzierung rechtsextremer Gruppen offenzulegen. Wir wollen daher den Verfassungsschutz rechtlich dazu befähigen, einfacher Finanzermittlungen vornehmen zu können. Gleichzeitig braucht es einen besseren Austausch zwischen den Sicherheits- und Finanzbehörden, um mögliche Steuerbetrug oder Geldwäscheaktivitäten aufzudecken.

## **10. Verfassungsfeinde raus aus dem öffentlichen Dienst**

Der öffentliche Dienst nimmt eine herausragende Rolle für unser Gemeinwohl ein. Beamt\*innen unserer Sicherheitsbehörden nehmen für unseren Staat das Gewaltmonopol wahr. Sie leisten täglich und oft unter schwierigen Bedingungen eine herausragende Arbeit. Der ganz überwiegende Teil von ihnen steht fest mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Sie genießen zu Recht ein großes Vertrauen in der Bevölkerung. Dennoch gibt es auch

immer wieder Meldungen von rechtsextremen Vorkommnissen und Vernetzungen in den Behörden, bei der Polizei oder der Bundeswehr. Ein solches Fehlverhalten darf nicht toleriert werden und muss Konsequenzen haben. Dafür haben wir im Bund das Disziplinarrecht angepasst. In den Ländern wollen wir ebenfalls dort nachschärfen, wo es geboten ist. Gemeinsam mit unseren Behörden werden wir für eine konsequente Anwendung sorgen. Behörden müssen weiter für die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch Schulungen sensibilisiert werden. Auch die Einrichtung von Anlaufstellen für Betroffene, wie die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter, kann Vertrauen stärken und muss vorangebracht werden.

## **11. Rechtsextreme konsequent entwaffnen**

Die Gewalt ist ein fester Bestandteil des Rechtsextremismus. Besonders problematisch: Immer noch dürfen über 1.000 Rechtsextreme sowie rund 400 Reichsbürger\*innen legal Waffen besitzen. Die konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden muss endlich höchste Priorität haben. Eine Nachschärfung des Waffengesetzes ist dringend notwendig, damit Waffen zügiger eingezogen werden können. Darüber hinaus müssen die kommunalen Waffenbehörden mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Nur so können vorgeschriebene Kontrollen auch durchgeführt und die bereits geltenden gesetzlichen Vorgaben angewendet werden. Gleichzeitig gilt es, die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen deutlich einzuschränken und den Schwarzmarkt auszutrocknen.

## **12. Verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD in den Fokus nehmen**

Ein Parteienverbot ist ein Instrument der wehrhaften Demokratie, das unser Grundgesetz ausdrücklich vorsieht. Für ein Verbotsverfahren gibt es jedoch zu Recht erhebliche verfassungsrechtliche Hürden. In jedem Fall ist es notwendig, die aktuellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden sorgfältig in den Blick zu nehmen und fortlaufend zu bewerten. Wir schlagen daher die Einrichtung einer Task-Force von Bund und Ländern im Rahmen der

Innenministerkonferenz (IMK) vor. Dort sollen Erkenntnisse zur verfassungsfeindlichen Betätigung der AfD sowie deren Jugendorganisation „Junge Alternative“ aus Bund und Ländern systematisch zu einer Materialsammlung zusammengeführt und bewertet werden. Neben den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden ist auch die zivilgesellschaftliche Expertise einzubeziehen. Alle Verfassungsorgane müssen selbstverständlich ständig die aktuellen Einschätzungen der Sicherheitsbehörden sowie Argumente des Für und Wider eines Verbots abwägen und aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen ziehen.

### **13. Verschwörungserzählungen als Gefahr begreifen**

Eng verbunden mit der Gründung sogenannter „alternativer Medien“ sowie verstärkt durch die Zunahme an Krisen ist das vermehrte Aufkommen teils äußerst abstruser Verschwörungserzählungen. In einem Umfeld selbsternannter Reichsbürger\*innen, Selbstverwalter\*innen oder Anhänger\*innen der rechtsextremen „QAnon“-Bewegung entwickeln sich hochgefährliche Verschwörungserzählungen, die in letzter Konsequenz immer wieder auch zur tödlichen Gewalt führen. Wir brauchen darüber hinaus weiterhin eine gründliche Analyse der Verschwörungsszenen und eine genaue Beobachtung von Entwicklungen, insbesondere im digitalen Raum. Dazu zählt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den dahinterliegenden rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Ideologien. Sicherheitsbehörden müssen die Szene genau im Blick behalten und unmittelbar einschreiten, wenn Gefahren erkennbar werden. Gleichzeitig braucht es mehr präventive Ansätze, um ein Abgleiten von Menschen in diese Ideologie zu verhindern oder ausstiegswilligen Personen Unterstützung anzubieten.

### **14. Desinformation den Stecker ziehen**

Die gezielte, intransparente Verbreitung von Desinformation, oftmals durch Unterstützung staatlicher Stellen, zielt darauf ab, demokratische Diskurse bewusst zu verschieben oder zu verhindern. Meinungsbildungsprozesse werden gezielt manipuliert, Meinungsmacht suggeriert und das Vertrauen in demokratische Institutionen beschädigt. Kommunikationsräume liberaler Demokratien werden derzeit

täglich und dauerhaft durch gezielte Desinformationskampagnen angegriffen. So hat das Auswärtige Amt im Frühjahr 50.000 gefälschte Nutzer\*innenprofile aufgedeckt, die russische Falschinformation verbreitet haben. Immer wieder lässt sich beobachten, wie Rechtsextreme, auch und vor allem die AfD, Desinformation gezielt verbreiten. Der Aufbau einer Früherkennungseinheit zur Erkennung von Desinformation im Bundesministerium des Inneren ist ein wichtige Maßnahme, der weitere Schritte zwingend folgen müssen. Plattformbetreiber müssen stärker in die Pflicht genommen werden, bestehendes Recht anzuwenden und konsequent gegen die Verbreitung von Desinformation vorzugehen. Verstöße müssen empfindlich sanktioniert werden. Außerdem muss die Bildungsarbeit zur Erkennung von Desinformation in Medien für alle Altersgruppen gestärkt werden.

### **15. Hass und Hetze entgegenreten**

Hass und Hetze wird gezielt angewendet, um Menschen einzuschüchtern, sie von demokratischem Engagement für das Gemeinwohl abzuhalten und Diskurse bewusst zu verschieben. In der Folge ziehen sich Menschen aus Debattenräumen zurück. Besonders häufig sind Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder queere Personen Ziel solcher Attacken. Befeuert wird die Verbreitung von Hass durch Algorithmen, die emotionale Inhalte besonders stark verbreiten. Wir dürfen den digitalen Raum nicht denen überlassen, die Hass und Hetze verbreiten. Wir treten Hass und Hetze entgegen, und dafür bleibt eine rechtsstaatlich entschlossene Plattformregulierung das Gebot der Stunde. Der Digital Services Act (DSA) ist ein wichtiger Schritt im europaweiten Kampf gegen Hass, Hetze und Desinformation im Netz. Wir werden die Plattformregulierung weiter entschlossen vorantreiben und zugleich zivilgesellschaftliche Organisationen stärken, die Opfer von Hass und Hetze dabei unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen. Mit dem digitalen Gewaltschutzgesetz werden wir Möglichkeiten schaffen, um sich noch besser zu Wehr zu setzen. Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften wollen wir voranbringen.